

Bei der BV-Sitzung im Dezember stand wieder einmal das Thema Verkehr im Fokus. Nachfolgend erläutern wir unser Abstimmverhalten und bewerten die Ergebnisse unserer gestellten Anträge.

TOP 8.1.2 war der Auftakt einer Serie von geplanten Grünen Anträgen, die sich mit dem **Parken auf Geh- und Radwegen** im Stadtbezirk Rodenkirchen befassen. Zwei typische Fälle:

- Illegales Gehwegparken in der Nähe einer KiTa in Zollstock, obwohl legales Parken auf der Fahrbahn erlaubt ist.
- Unerlaubtes Gehwegparken auf einem relativ breiten Gehweg vor einer Ampel, der jedoch von zahlreichen Radfahrern genutzt wird. Etwa 100 Meter weiter beginnt ein Radweg, welcher (ohne parkende PKWs) schon 100 m früher beginnen könnte.

Obwohl alle Bezirksvertreter unserer mit Fotos und Text erläuterten Argumentation folgten, stellte die CDU überraschend einen Vertagungsantrag mit der Maßgabe eines Ortstermins, der mehrheitlich gegen Grüne Stimmen beschlossen wurde. Besonders enttäuschend war für uns das Verhalten der SPD-Fraktion, die sich der Stimme enthielt. Wir geben jedoch nicht auf und versuchen den Ortstermin für unser Anliegen zu nutzen, das illegale Gehwegparken nicht länger zu tolerieren bzw. die dokumentierte illegale PKW-Parkfläche so umzuwandeln, dass dort zukünftig Radfahrer legal fahren dürfen. Weitere Fotos zum Thema Gehwegparken - auch aus anderen Stadtteilen - sammeln wir auf unserer Homepage und stellen sie auf Anfrage gerne zur Verfügung.

Ein weiterer Grüner Antragschwerpunkt war die Verbesserung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Kinder in Sürth, Weiß und Rodenkirchen (Sürther Feld). TOP 8.1.8 kritisiert den mangelhaften Zustand des Fuß- und Radweges entlang eines Stücks der Hammerschmidtstraße, TOP 8.1.9 befasste sich mit der verkehrlichen Situation an der Kreuzung am Bahnhof Sürth. An mehreren Stellen können hier Zebrastreifen den Schulweg sicherer machen. Auch hierzu wird es einen Ortstermin (morgens vor Schulbeginn) geben.

Haupt-Tagesordnungspunkt mit längerer Diskussion war die Beschlussvorlage der Verwaltung (TOP 9.2.1) zur P+R-Palette am Verteilerkreis. Gleich zwei Amtsleiter (für Straßen- und Verkehrstechnik, für Brücken- und Stadtbahnbau) mit mehreren Gefolgsleuten sowie der Leiter des Nahverkehrsmanagements bei der KVB waren zu Gast, um mögliche Fragen zu zwei Beschlussvorlagen der Verwaltung zu beantworten und zur Klärung der Sachverhalte beizutragen.

In einer Pressemitteilung vom 05.12.16 haben wir dazu bereits unsere wichtigsten inhaltlichen Argumente beschrieben. Wir konnten dieser Vorlage so nicht zustimmen: zu teuer, falscher Standort, veraltete Planung. Bis auf die beiden Vertreter der FDP schlossen sich alle mehr oder weniger unseren Argumenten an. Dennoch wurde unser Antrag für einen alternativen Beschlusstext mehrheitlich abgelehnt. Stattdessen wurden die beiden vorgeschlagenen Beschlusstexte der Verwaltung mit großer Mehrheit (und 4 Grünen Stimmen) abgelehnt. Beschlussorgan ist jedoch nicht die Bezirksvertretung sondern der Rat, der am 20. Dezember zu diesem Punkt beschließt. Der am 06.12. tagende Verkehrsausschuss hat dazu schon eine Vorentscheidung getroffen: Einstimmig folgte man leider dem Hauptvorschlag der Verwaltung.

Die zweite Beschlussvorlage der Verwaltung (TOP 9.2.6) befasste sich mit den Kosten des Umbaus der Bonner Straße für den Individualverkehr (IV) in Höhe von 20,5 Mio. €. Sowohl die Vertreterin der Verwaltung als auch fast alle Bezirksvertreter hoffen darauf, dass die geplanten Landeszuschüsse hierfür noch eingestellt werden. Aber zum jetzigen Zeitpunkt kann dies nicht garantiert werden, daher muss die Politik für den „Worst Case“ das Geld zunächst aus dem kommunalen Haushalt bereitstellen. Aufgrund der nachvollziehbaren schriftlichen und mündlichen Argumente konnten dem auch (fast) alle Bezirksvertreter so zustimmen.